

## Vordruck 1: Unternehmensdarstellung / Firmenprofil

---

- ☐ Einzelbewerber
- ☐ Bevollmächtigte Vertreter einer Bewerbergemeinschaft
- ☐ Mitglied einer Bewerbergemeinschaft
- ☐ Nachunternehmer des Bewerbers/ der Bewerbergemeinschaft
- ☐ Sonstiges eignungsverschaffendes Unternehmen

Firmenname und Adresse:	
Ansprechperson für das Verfahren:	
Kontakt Daten (Telefon/Fax/eMail): [Hinweis: die Kommunikation erfolgt über das Vergabeportal]	
Internetadresse:	
Rechtsform:	
Angabe der Nationalität des wirtschaftlichen Eigentümers <sup>1</sup> des Unternehmens, sofern nicht börsennotiert ist:	
Umsatzsteuer ID Nummer:	
Handels-/Vereinsregisternummer, Registergericht:	
Einstufung als KMU in Anlehnung Art. 2 des Anhangs zur Empfehlung 2003/361/EG (Amtsblatt der EU L 124/36):	<ul style="list-style-type: none"><li><input type="checkbox"/> Kleinunternehmen (<math>&lt; 10</math> Personen und Jahresumsatz/-bilanz <math>&lt; 2</math> Mio. €)</li><li><input type="checkbox"/> Kleines Unternehmen (<math>&lt; 50</math> Personen und Jahresumsatz/-bilanz <math>&lt; 10</math> Mio. €)</li><li><input type="checkbox"/> Mittleres Unternehmen (<math>&lt; 250</math> Personen und Jahresumsatz <math>&lt; 50</math> Mio. € bzw. Jahresbilanzsumme <math>&lt; 43</math> Mio. €)</li><li><input type="checkbox"/> Großunternehmen (sofern vorheriges unzutreffend)</li></ul>
Hauptsitz des Unternehmens:	
Zuständige Niederlassung im Auftragsfall:	
Gründung des Unternehmens:	

### Ausfüllhinweise

---

Sofern es sich um den Teilnahmeantrag einer Bewerbergemeinschaft handelt, ist diese Erklärung von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft abzugeben. Der Vordruck darf mehrfach (etwa für Nachunternehmen oder Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft) eingesetzt werden.

---

<sup>1</sup> Erläuterung: Als Definition des Begriffes „wirtschaftlicher Eigentümer“ kann der Begriff des „wirtschaftlich Berechtigten“ nach § 3 Geldwäschegesetz herangezogen werden (Hinweis auf § 3 GwG - Einzelnorm (gesetze-im-internet.de)).

## Vordruck 2: Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen i.S.d. §§ 123, 124 GWB

---

Hiermit erklären wir, dass

- in Bezug auf unser Unternehmen keine zwingenden Ausschlussgründe i.S.d. § 123 Abs. 1 und Abs. 4 GWB vorliegen,
- in Bezug auf unser Unternehmen nach unserer Einschätzung/ Kenntnis keine fakultativen Ausschlussgründe i.S.d. § 124 GWB vorliegen.

Der Auftraggeber wird ermächtigt, jederzeit die getätigten Angaben zu überprüfen und entsprechende Auskünfte einzuholen oder Bestätigungen zu verlangen.

---

Ort, Datum

---

Unterschrift

### Ausfüllhinweise

---

Sofern es sich um den Teilnahmeantrag einer Bergewergemeinschaft handelt, ist diese Erklärung von allen Mitgliedern der Bergewergemeinschaft abzugeben.

Sofern Sie sich in einer der oben genannten Situationen befinden, können Sie auch Nachweise dafür erbringen, dass Sie ausreichende Maßnahmen getroffen haben, um trotz des Vorliegens eines einschlägigen Ausschlussgrundes Ihre Zuverlässigkeit nachzuweisen. Zu diesem Zweck weisen Sie nach, dass Sie einen Ausgleich für jeglichen durch eine Straftat oder Fehlverhalten verursachten Schaden gezahlt oder sich zur Zahlung eines Ausgleichs verpflichtet haben, die Tatsachen und Umstände umfassend durch eine aktive Zusammenarbeit mit den Ermittlungsbehörden geklärt und konkrete technische, organisatorische und personelle Maßnahmen ergriffen haben, die geeignet sind, weitere Straftaten oder Verfehlungen zu vermeiden. Dieser Nachweis ist zusammen mit der Eigenerklärung dem Angebot beizufügen.

Im Hinblick auf die vorstehend geforderten Eigenerklärungen zum Nichtvorliegen von zwingenden und fakultativen Ausschlussgründen i.S.d. §§ 123, 124 GWB wird auf folgenden Text der §§ 123, 124 GWB verwiesen:

#### § 123 GWB Zwingende Ausschlussgründe

(1) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,

5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
  6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
  7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
  8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
  9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
  10. den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).
- (2) Einer Verurteilung nach diesen Vorschriften steht eine Verurteilung nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.
- (3) Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.
- (4) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren aus, wenn
1. das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde oder
  2. die öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer Verpflichtung nach Nummer 1 nachweisen können. Satz 1 ist nicht anzuwenden, wenn das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.
- (5) Von einem Ausschluss nach Absatz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist. Von einem Ausschluss nach Absatz 4 Satz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder ein Ausschluss offensichtlich unverhältnismäßig wäre. § 125 bleibt unberührt.

#### **§ 124 Fakultative Ausschlussgründe**

- (1) Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn
1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
  2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
  3. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden,
  4. der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
  5. ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,
  6. eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,
  7. das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
  8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder
  9. das Unternehmen
    - a) versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
    - b) versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder
    - c) fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.
- (2) § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes, § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes und § 22 des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes vom 16. Juli 2021 (BGBl. I S. 2959) bleiben unberührt.

## Vordruck 3: Eigenerklärung zu Russland-Sanktionen

---

### **Eigenerklärung zur Umsetzung von Artikel 5k Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 15 der Verordnung (EU) 2022/1269 des Rates vom 21. Juli 2022**

---

1. Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir nicht zu den genannten Personen oder Unternehmen gehören, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen,
  - a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers oder die Niederlassung des Bewerbers in Russland,
  - b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50%,
  - c) durch das Handeln der Bewerber im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutrifft.
2. Ich/Wir erkläre(n), dass die am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt, ebenfalls nicht zu dem in der Vorschrift genannten Personenkreis mit einem Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift gehören.
3. Ich/Wir bestätige(n) und stelle(n) sicher, dass auch während der Vertragslaufzeit keine als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises in Anspruch genommen werden, beteiligten Unternehmen eingesetzt werden, auf die mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt.

**Mit der elektronischen Abgabe dieser Eigenerklärung über das Bietertool/die Kommunikationsfunktion der Vergabeplattform des eingesetzten Vergabeportals zusammen mit dem Teilnahmeantrag gilt diese als vom Bewerber unterschrieben. Bei der Abgabe des Teilnahmeantrags durch eine Bewerbungsgemeinschaft gilt diese Erklärung durch die nachstehende Angabe der Mitglieder der Bewerbungsgemeinschaft von jedem Mitglied als unterschrieben:**

**Name der Mitglieder der Bewerbungsgemeinschaft:**

_____
_____
_____

## Ausfüllhinweise

---

Artikel 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 15 der Verordnung (EU) 2022/1269 des Rates vom 21. Juli 2022 lautet wie folgt:

- „(1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die Artikel 7 Buchstaben a bis d, Artikel 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG sowie unter Titel VII der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 fallen, an folgende Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:
- a) russische Staatsangehörige, in Russland ansässige natürliche Personen oder in Russland niedergelassene juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
  - b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder
  - c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln, einschließlich — wenn auf sie mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt — , Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.
- (2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für
- a) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen und ihre Sicherheit sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,
  - b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,
  - c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,
  - d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.
  - e) soweit nicht nach Artikel 3m oder 3n verboten – den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union, oder
  - f) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Kohle und anderen festen fossile Brennstoffen, die in Anhang XXII aufgeführt sind, bis 10. August 2022.
- (3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.
- (4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung — bis zum 10. Oktober 2022 — von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.“

## Vordruck 4: Erklärung zum Umsatz

---

Name des erklärenden Unternehmens: \_\_\_\_\_

### Umsatz:

	Umsatz insgesamt (in Euro, netto)	Umsatz (netto) mit vergleichbaren Leistungen im Bereich Brandsicherheitswachen in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren
2025*:		
2024:		
2023:		
2022:		

### Ausfüllhinweise

---

Sofern es sich um den Teilnahmeantrag einer Bergergemeinschaft handelt, ist diese Erklärung von allen Mitgliedern der Bergergemeinschaft abzugeben. Der Vordruck darf zu diesem Zweck kopiert werden.

\* Angaben für das Jahr 2025 müssen nicht eingereicht werden, falls hierzu noch keine Angaben vorliegen (bzw. Schätzung ausreichend)

## Vordruck 5: Erklärung zu Beschäftigten

---

Name des erklärenden Unternehmens: \_\_\_\_\_

Jahr	sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt
aktuell:	
2025:	
2024:	
2023:	

### Mindestanforderung an die aktuelle Situation bei Ablauf Bewerbungsfrist:

- (a) mind. 3 Personen mit der Qualifikation Gruppenführer nach Feuerwehr Dienstvorschrift 2 (FwDV2) Ziffer 2.1

Anzahl:	
---------	--

- (b) mind. 25 Personen mit der Qualifikation Truppmann nach Feuerwehr Dienstvorschrift 2 (FwDV2) Ziffer 4.1

Anzahl:	
---------	--

## Vordruck 6: Referenzen

---

Es gelten ausschließlich die Angaben auf diesem Vordruck (Folgeseite). Firmenprospekte und Werbematerial werden nicht berücksichtigt. Der Vordruck ist nach Bedarf zu kopieren und mehrfach einzusetzen.

### **Nachfolgende Mindestanforderungen an die Referenzlage zwingend zu beachten:**

Im Falle eines Teilnahmeantrags einer Bewerbergemeinschaft ist es ausreichend, dass eines der Mitglieder über die geforderten Referenzprojekte oder die Mitglieder in der Summe über die geforderten Referenzprojekte verfügen.

Darstellung der Referenzen über vergleichbare Dienstleistungen **seit 2023**

Die Vordrucke können mehrfach verwendet werden.

Nachweis von mindestens drei Referenzen über die Erbringung von vergleichbaren Dienstleistungen im Bereich Sicherstellung vorbeugender Brandschutz durch Stellung von Brandsicherheitswachen

## Referenz (Seite 1)

Nachweis von mindestens drei Referenzen über die Erbringung von vergleichbaren Dienstleistungen im Bereich Sicherstellung vorbeugender Brandschutz durch Stellung von Brandsicherheitswachen

1	Projektbezeichnung, Ort:	
	Einsatztag	
	Kurze Beschreibung	

2	Projektbezeichnung, Ort:	
	Einsatztag	
	Kurze Beschreibung	

^

3	Projektbezeichnung, Ort:	
	Einsatztag	
	Kurze Beschreibung	

## Referenz (Seite 2)

Nachweis von mindestens drei Referenzen über die Erbringung von vergleichbaren Dienstleistungen im Bereich Sicherstellung vorbeugender Brandschutz durch Stellung von Brandsicherheitswachen

—	Projektbezeichnung, Ort:	
	Einsatztag	
	Kurze Beschreibung	

—	Projektbezeichnung, Ort:	
	Einsatztag	
	Kurze Beschreibung	

^

—	Projektbezeichnung, Ort:	
	Einsatztag	
	Kurze Beschreibung	

## Vordruck 7:      **Bewerbergemeinschaftserklärung**

---

Hiermit erklären wir, dass wir für das Vergabeverfahren eine Bewerbergemeinschaft gegründet haben.

### 1. Bewerbergemeinschaftsdaten

Unsere Daten lauten wie folgt:

	BG-Mitglied 1	BG-Mitglied 2
Unternehmen		
Postanschrift (Straße, PLZ, Ort)		

	BG-Mitglied 3	BG-Mitglied 4
Unternehmen		
Postanschrift (Straße, PLZ, Ort)		

Wir erklären, dass

- das nachfolgend bevollmächtigte Mitglied die Bewerbergemeinschaftsmitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt (die Bevollmächtigung schließt rechtsgeschäftliche Erklärungen im Vergabeverfahren mit ein),
- wir die Absicht haben, im Zuschlagsfall zu einer Arbeitsgemeinschaft in Form einer Gesellschaft des bürgerlichen Rechts (oder gleichwertig) zusammenzuschließen und wir deshalb gesamtschuldnerisch für die Erfüllung der vertraglichen Verpflichtungen im Zuschlagsfalle haften werden.

Zum rechtsgeschäftlich bevollmächtigten Vertreter der o.g. Bewerbergemeinschaft benennen wir:

.....

Zuständiger Ansprechpartner (bevollmächtigter Vertreter) bei der BG für das gegenständliche Vergabeverfahren

(Vor- und Zuname):

Telefon;/ Faxnummer:

E-Mail-Adresse:

## 2. Unterschrift aller Mitglieder der Bewerbergemeinschaft:

.....

Ort, Datum

BG-Mitglied 1 (Stempel und Unterschrift)

.....

Ort, Datum

BG-Mitglied 2 (Stempel und Unterschrift)

.....

Ort, Datum

BG-Mitglied 3 (Stempel und Unterschrift)

.....

Ort, Datum

BG-Mitglied 4 (Stempel und Unterschrift)

## Vordruck 8: Verfügbarkeitserklärung des Nachunternehmens / sonstigen Dritten

---

Name des erklärenden Unternehmens: \_\_\_\_\_

### Verfügbarkeitserklärung

**1**

Wir verpflichten uns, im Falle der Vergabe an

\_\_\_\_\_  
(Name des Bewerbers / der Bewerbergemeinschaft)

für diese / diesen die nachstehend beschriebenen Leistungen zum Nachweis

- ☐ der finanziellen / wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit
- ☐ der technischen / beruflichen Leistungsfähigkeit

zu erbringen.

Beschreibung der Leistungen:

**2**

**Ich erkläre / Wir erklären,**

dass mir / uns die technischen, personellen und wirtschaftlichen Mittel zur vertragsgerechten Erbringung der Leistung / Leistungen zur Verfügung stehen;

dass ich / wir im Falle, dass wir zum Nachweis der finanziellen / wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit benannt bin / sind, gesamtschuldnerisch mit dem o.g. Bewerber / der o.g. Bewerbergemeinschaft hafte(n);

dass ich / wir im Falle, dass ich / wir zum Nachweis der technischen / beruflichen Leistungsfähigkeit benannt bin / sind, die Leistungen erbringen werde(n), für deren Nachweis wir benannt bin / sind.

\_\_\_\_\_  
(Ort, Datum)

\_\_\_\_\_  
(Unterschrift)

## **Ausfüllhinweise**

---

Der Vordruck ist nur vorzulegen, sofern sich der Bewerber / die Bewerbungsgemeinschaft auch auf die Fähigkeiten und Kapazitäten anderer (auch verbundener) Unternehmen beruft.

Der Vordruck darf mehrmals eingesetzt und zu diesem Zweck kopiert werden.

Es steht den Unternehmen frei, anstatt dieser Verfügbarkeitserklärung einen gleichwertigen Nachweis über die Verfügbarkeit vorzulegen. In diesem Fall ist von dem Unternehmen zusätzlich eine Erklärung nach Ziffer 2 dieses Vordrucks vorzulegen.